

xxcd

# grh Mitteilungen <sup>4</sup>/<sub>23</sub>

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNR.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org  
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr  
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB  
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

---

## 30 Jahre GRH

19.05.1993 \* 19.05.2023

## Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit

=====

Grundgesetz Artikel 5. (1)

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild  
frei zu äußern und zu verbreiten...

### Meinungsfreiheit verteidigen!

Deutschland befindet sich in einer tiefen Krise. Sanktionen und Wirtschaftskrieg, Aufrüstung und Kriegsbeteiligung, Corona- und Klimapolitik haben zu Inflation, Preissteigerung, Energiekrise und in deren Folge zu einem massiven sozialen Abstieg für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung geführt. Die politisch Verantwortlichen sind unfähig und unwillig, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden sowie dem Friedensgebot des Grundgesetzes gerecht zu werden.

Die Außenministerin verkündet eine deutsch-amerikanische „Führungspartnerschaft“ und der Wirtschaftsminister verspricht dem US-Präsidenten eine „dienende Führungsrolle“ im Kampf gegen Russland. Mit dem Ziel, Russland zu ruinieren, ruinieren sie das eigene Land. Als NATO-Mitglied und mit Führungsanspruch in der EU tragen Bundesregierung und Bundestag mit ihren Entscheidungen zur Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine bei und schüren mit Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet und mit Feindseligkeiten insbesondere gegen Russland die Konfrontation zwischen den Staaten. Diplomatische Wege zur Beendigung des Krieges und zur Lösung des Konflikts werden abgelehnt.

Diese Politik des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs geht einher mit einem weiteren Abbau demokratischer Rechte. Besonders betroffen sind die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, wie sie in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert sind. Obwohl demokratische Mitbestimmung voraussetzt, dass sich jeder – so auch verfassungsrechtlich entschieden – „aus allgemeinen Quellen ungehindert unterrichten kann“, wird dieses Recht durch die mediale Dominanz der Regierungspolitik zunehmend eingeschränkt. Politiker verschweigen, negieren und verfälschen aktuelle und historische Tatsachen, die Russland zur Entscheidung vom 24. Februar 2022 veranlasst haben.

Abhängige, auch öffentlich-rechtliche Medien, verhindern eine allseitige Informiertheit und somit eine freie unabhängige Meinungsbildung. Desinformation und Manipulation der Bevölkerung bestimmen weitgehend die gegenwärtige Medienkultur. Wer die verordnete offizielle Meinung zum Ukraine-Krieg nicht teilt, kritisiert und dies öffentlich kundtut, wird diffamiert, bedroht und sanktioniert oder ausgegrenzt.

Wer sich für Solidarität und humanitäre Hilfe für die Menschen im Donbass einsetzt, wird medial diffamiert und unterliegt Sanktionen. Kritische Medien außerhalb des Mainstreams werden in ihrer journalistischen Arbeit durch behördliche Maßnahmen behindert. Russische Kulturschaffende und Wissenschaftler stehen unter Generalverdacht. Normale zwischenstaatliche Beziehungen zu Russland werden abgelehnt. Freundschaft mit Russen macht verdächtig. Das Zeigen sowjetischer und russischer Symbole und Freundschaftsbekundungen zur Russischen Föderation werden staatlich missbilligt oder gar verboten.

Andersdenkende werden kriminalisiert. So wurde der Berliner Friedensaktivist Heinrich Bücker, Betreiber des Coop Anti-War Café, wegen bloßer Meinungsäußerung vom Amtsgericht Tiergarten (Berlin) zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, vor allem auf Grund seiner [Rede](#) im Rahmen einer Friedens-Kundgebung am 22. Juni 2022 am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park (Berlin) anlässlich des Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion. Kriminalisiert wird, wer die historische Entwicklung zum heutigen Konflikt aufzeigt, deren Wurzeln schon im Raub- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands gegen die UdSSR und in der Kollaboration ukrainischer Faschisten mit den deutschen Besatzern liegen. Kriminalisiert wird, wer den Einfluss der Nachfolgeformationen dieser Nazi-Kollaborateure auf die heutige Politik der ukrainischen Regierung benennt und sich mit den Beweggründen Russlands zur militärischen Intervention befasst.

Durch die Erweiterung des Strafrechts mit der neuen Fassung des §130 StGB wird die Gesinnungsjustiz noch verschärft.

In einer solchen Atmosphäre sind offene Debatten, der Austausch und die Darstellung unterschiedlicher Auffassungen in Medien, Wissenschaft, Kunst, Kultur und anderen Bereichen kaum mehr möglich. Eine wirklich freie Meinungsbildung durch Abwägung von unterschiedlichen Argumenten ist ausgeschlossen. Voreingenommenheit und Unkennt-

nis, aber auch Einschüchterung, Angst, Selbstzensur und Heuchelei sind die Folgen. Mit der Würde des Menschen und der Freiheit der Persönlichkeit ist dies unvereinbar.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte fordern wir, dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wir rufen dazu auf, die grundgesetzlich verbrieft Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit zu verteidigen, wo und wann immer sie eingeschränkt wird.

Initiiert durch Laura Freiin von Wimmersperg und Rechtsanwalt Hans Bauer

---

Mit Unterstützung von: Dr. Wolfram Adolphi, Politikwissenschaftler, Schriftsteller; Rolf Becker, Schauspieler; Prof. Dr. Wolfgang Bittner, Schriftsteller und Publizist; Marguerite Blume-Cárdenas, Bildhauerin; Volker Bräutigam, Journalist; Gudrun Brüne, Malerin, Graphikerin; Dr. Reiner Burkhardt; Dr. Diether Dehm, Liedermacher, Komponist; Tino Eisbrenner, Lyriker, Komponist, Autor; Wolfgang Gehrcke, ehem. MdB; Uli Gellermann, Journalist, Filmemacher; Gabriele Gysi, Schauspielerin, Regisseurin; Klaus Hartmann, Präsident der Weltunion der Freidenker; Evelyn Hecht-Galinski, Publizistin; Heidrun Hegewald, Malerin, Graphikerin, Autorin; Ulrich Heyden, Korrespondent in Moskau; Prof. Dr. Helga Hörz, Philosophin; Benedikt Hopmann, Rechtsanwalt; Friedhelm Klinkhammer, Publizist; Dr. Hartmut König, Liedermacher, Publizist; Prof. Dr. Anton Latzo, Historiker; Dr. med. Karl-Gustav Meyer; Amir Mortasawi, Arzt, Autor; Dr. Matthias Oehme, Verleger; Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler; Major a. D. Florian Pfaff, Darmstädter Signal; Gina Pietsch, Sängerin, Schauspielerin; Bernd Quinque, Handwerksmeister; Christiane Reymann, Publizistin; Dr. Jürgen Rose, Oberstleutnant a. D., Darmstädter Signal; Walfriede Schmitt, Schauspielerin; Renate Schoof, Schriftstellerin; Dr. Arnold Schölzel, Journalist; Eberhardt Schultz, Menschenrechtsanwalt; Ekkehard Sieker, Wissenschaftsjournalist; Margot Wahl, Publizistin; Willi Wahl, Publizist; Andreas Wessel, freier wissenschaftlicher Autor, Publizist; Dr. Anne Wessel, Erziehungswissenschaftlerin; Prof. Dr. Karl-Friedrich Wessel, Philosoph.

**Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat April und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:**

**zum 98. Geburtstag**

*Horst Ribbecke, Schwerin*

**zum 97. Geburtstag**

*Dr. Harry Bochmann, Berlin*

**zum 94. Geburtstag**

*Isolde Fritsch, Braunschweig  
Hannelore Holz, Dresden*

**zum 93. Geburtstag**

*Dr. Werner Irmeler, Wandlitz*

**zum 92. Geburtstag**

*Lothar Vieweg, Kahla  
Heinz Matthes, Suhl*

**zum 91. Geburtstag**

*Heinz Linke, Stendal*

**zum 90. Geburtstag**

*Günter Ratzenberger, Bestensee  
Harald Bauersfeld, Berlin*

**zum 85. Geburtstag**

*Peter Schneider, Bad Lausick  
Lisa Mieruch, Freital  
Sigrid Karsunke, Chemnitz*

**zum 80. Geburtstag**

*Reiner Thomas, Berlin  
Greta Lautsch, Berlin  
Iris Harnack, Halle*

**zum 75. Geburtstag**

*James Clark, USA*

**zum 70. Geburtstag**

*Gisbert Heilmann, Zühlsdorf*

den (OKV) unter dem Motto „Frieden mit Rußland; Dialog statt Waffen“ statt. Das OKV hat dazu eine Broschüre mit 36 Wortmeldungen zum Aufruf der Generale Manfred Grätz und Sebald Daum herausgegeben, die auf der Konferenz zum Teil gehalten bzw. eingereicht wurden. Die Broschüre kann für ein geringes Entgelt oder eine Spende bestellt oder abgeholt werden.

**Terminhinweise**

Im Monat April finden landauf, landab Ostermärsche statt, die von verschiedenen Veranstaltern organisiert werden. In Berlin ruft die Friedenskoordination Berlin zum Ostermarsch am 8. April 2023, 13:00 Uhr auf den Elise-und-Otto-Hampel-Platz in Wedding ein. Der Berliner Ostermarsch 2023 steht unter dem Motto „Den Frieden gewinnen - nicht den Krieg“.

Anlässlich des 137. Geburtstages von Ernst Thälmann finden am 15. April, 14:00 Uhr, in Berlin am Ernst-Thälmann-Denkmal und am 16. April, 11:30 Uhr, in Ziegenhals am Gedenkstein für die Illegale ZK-Tagung der KPD, gegenüber dem Areal der geschändeten und zertrümmerten Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Kundgebungen statt.

Zum Jahrestag der Begegnung an der Elbe vom 25. April 1945 findet in Torgau am 22. April, 12:00 Uhr, am Brückenkopf beim Fahnenmonument eine Friedenskundgebung statt. Von Berlin fährt ein Bus nach Torgau, organisiert vom Landesverband Berlin der DKP.

**Ehrendes Gedenken unserem  
verstorbenen Mitglied**

**Hans Christange aus Cottbus**  
Er verstarb am 18. März 2023 im Alter  
von 88 Jahren

**Unser Mitgefühl gilt allen  
Hinterbliebenen**

**Die Geschäftsstelle informiert**

Am 27. März 2023 fand im Münzenbergsaal des Bürogebäudes am Berliner Franz-Mehring-Platz eine bedeutsame Konferenz des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbän-

Der Vorstand, TAG Cottbus